

# Resolutionen

## der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) und der in ihr zusammengeschlossenen Verbände und Aufarbeitungsinitiativen

*Verabschiedet im Rahmen des 10. Kongresses der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen vom 12. bis 14.5.2006 in Königslutter*

1. Als Dachorganisation der durch kommunistisches Unrecht Verfolgten nehmen wir mit Befremden die Aktivitäten einer Kommission zur Kenntnis, die noch unter der vorigen Regierung unter dem Einfluß eines politisch vorbelasteten hohen Beamten gebildet worden war. Ohne Beteiligung von Vertretern der Opfer hat die Kommission Empfehlungen ausgearbeitet, die bisher nur inoffiziell bekannt geworden sind. Die darin enthaltenen Vorschläge zu einer Bürokratisierung und Zentralisierung der Gedenkstätten und zu einer mittelfristigen Schwächung und schließlichen Auflösung der Birthler-Behörde erfüllen die Verbände mit Sorge. Sie fordern entschieden eine künftig stärkere Mitwirkung der Opfer kommunistischer Diktatur.

2. Als Dachorganisation der durch kommunistisches Unrecht Verfolgten wenden wir uns entschieden gegen das öffentliche Auftreten von ehemaligen Stasi-Kadern und die damit verbundene Verhöhnung der Opfer kommunistischen Unrechts. Wir erklären unsere Solidarität mit der von diesen Angriffen besonders betroffenen Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. An

die Politiker ergeht der Appell, diese Gedenkstätte als authentischen Ort der Unterdrückung mehr als bisher zu fördern.

(Ein Bericht über den Kongreß in Königslutter folgt in der nächsten Ausgabe.)